Wenk, Silke: Das konfiszierte deutsche Privatvermögen in Polen und der Tschechoslowakei. Die Rechtslage nach Abschluß des deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages.

Peter Lang, Frankfurt/M. et al. 1993, 219 S. (Schriften zum Staats- und Völkerrecht 50).

In ihrem Bemühen um Bewältigung ihrer kommunistischen Vergangenheit mußten vor allem die ehemaligen Vertreibungsstaaten bald erkennen, daß zwischen kommunistischen, nachkriegs- und kriegsbedingten Unrechtstaten oft nur schwer eine Grenze zu ziehen ist. Sobald aber diese Grenze generell auf vergangenes Unrecht ausgedehnt wird, erweitert sich der Personenkreis der Opfer: So begehren nun auch die Vertriebenen Gleichbehandlung mit der einheimischen Bevölkerung und stellen mehr Forderungen auf Rückerstattung und Entschädigung. Zugleich zeigen sich aber auch

die generellen Schwierigkeiten, die Rechtsverhältnisse an ehemals konfisziertem Eigentum zu klären. In der wissenschaftlichen Literatur auch der Vertreibungsstaaten werden Gültigkeit und Fortbestand jener Rechtsetzungsakte diskutiert, die Grundlage für Vertreibung und Konfiskationen wurden, ebenso wie die Fragen nach den inzwischen eingetretenen Eigentumsverhältnissen¹.

Silke Wenk geht den Fragen aus deutscher Sicht nach. Der Gefahr, hierdurch eine weitere Trübung der bilateralen Beziehungen herbeizuführen, sucht sie zu entgehen, indem sie vorab kundtut, daß die Arbeit keine politischen Wertungen enthalten solle, vielmehr zum Ziel habe, „durch die Darstellung der völkerrechtlichen Rechtslage die Basis für künftige politische Lösungen zu legen“ (S. 2).

In der Tat ist die Arbeit eine rein juristische Darstellung der Gesamtproblematik, die nicht nur die völkerrechtlichen Aspekte umfassend behandelt. Nach einer klaren und überzeugenden Gliederung werden in bemerkenswert gut lesbarer Form nahezu alle Probleme angesprochen. Schritt für Schritt geht Silke Wenk vor. Das erste, zugleich umfangreichste Kapitel ist den völkervertraglichen Grundlagen gewidmet. Die Verfasserin legt dar, daß bislang kein multi- oder bilaterales Vertragswerk Vermögensfragen weder der vertriebenen noch der im Lande verbliebenen Deutschen berühre. In dem Zusammenhang wird auch die Staatsangehörigkeit der zurückgebliebenen Deutschen geprüft und argumentiert, daß es sich um Doppelstaatler handle.

Im zweiten Kapitel erörtert Silke Wenk das rechtliche Schicksal des enteigneten Privatvermögens, wobei sie vor allem die Enteignungsakte näher untersucht mit dem Ergebnis, daß die Konfiskationen als Teilhandlung der Vertreibungen wegen Menschenrechts- wie auch Fremdenrechtsverletzungen völkerrechtswidrig seien und daher die Vertreibungsstaaten zu Wiedergutmachung oder Entschädigung verpflichtet. Ein möglicher Untergang der deutschen Restitutions- oder Entschädigungsansprüche durch Verzicht, Verwirkung, Aufrechnung, Ersitzung oder – hinsichtlich der Vertriebenen – durch Lastenausgleich seitens der Bundesrepublik wird schlüssig verneint. Daher sei die Bundesrepublik durch den internationalen *ordre public* sowie Art. 25 GG/Art. 6 EGBGB gehalten, den Konfiskationen die Anerkennung zu verweigern (insbes. S. 132 ff.). Allerdings legt Silke Wenk weiter dar, daß durch die jüngsten Vertragswerke die Rechte der Vertriebenen zu einem *ius nudum* geworden seien.

Die beiden letzten Kapitel behandeln die prozeßrechtliche Situation der betroffenen Deutschen, wobei die Verfasserin zu der Auffassung gelangt, daß die Bundesrepublik durch die bisherige Unterlassung diplomatischen Schutzes ermessensfehlerhaft gehandelt habe (3. Kapitel), woraus nicht nur Ansprüche aus Amtshaftung oder enteignungsgleichem Eingriff (S. 159 ff.), sondern auch die Möglichkeit eines Rechtsschutzes durch Verwaltungsklage wie auch Verfassungsbeschwerde folgen könnten (4. Kapitel, insbes. S. 174 ff.). In einer Zusammenfassung rafft die Verfasserin die einzelnen Aspekte ihrer Untersuchung, die sich wie ein sorgfältig abgefaßter Schriftsatz liest, nochmals zusammen. Ein mehrseitiges Literaturverzeichnis beschließt die Arbeit.

Das schmale Büchlein, aus der Dissertation der Autorin hervorgegangen, besticht wegen seiner Klarheit und umfassenden Erörterung des Problemkomplexes. Mit Blick

¹ Vgl. etwa W i n k l e r, Pavel: Dekrete Prezidenta Republika z období 1940–1945 [Die Dekrete des Präsidenten der Republik aus der Zeit 1940–1945]. *Právník* 8–133 (1994) 720–733.

auf die belasteten deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechisch-slowakischen Beziehungen bedauert man allerdings die manchmal etwas holzschnittthafte, teilweise auch verkürzte Untersuchung einzelner Fragen, etwa inwieweit die heutige Bewertung von Menschen- und/oder Fremdenrechtsverletzungen auf zurückliegende Vorgänge anwendbar ist. Ebenso hätte man sich eine Auswertung auch der Literatur der Vertreibungsstaaten gewünscht. Auch der fast überwiegend benutzte Urteilsstil trägt zu der streckenweise etwas apodiktisch anmutenden Analyse bei. Wegen der fundierten Darstellung der Probleme und der Schlüssigkeit der Ergebnisse hätte die Chance bestanden, auch den betroffenen Vertreibungsstaaten den deutschen Standpunkt näherzubringen. Diese Chance scheint vertan. Der Wert des Buches für die Völkerrechtswissenschaft im allgemeinen ist dadurch nicht gemindert.